

The second mini-conference was organized by Sebastian Lechevalier (EHESS, Paris) and Cornelia Storz (Goethe University, Frankfurt a.M.) in order to provide a forum for discussing the recent institutional changes in Asian economies. Titled "Capitalism in Asia: Sustained Diversity or Increasing Coherence?" the question was addressed whether Asian economies were increasingly converging towards a liberal market economy. The predominant focus was on Japan that used to be the textbook example of a coordinated economy. Hideaki Miyajima (Waseda University), for example, presented his research on the hybridization of the institutional configuration underlying the J-firm. Despite the emphasis on Japan, other Northeast Asian economies were also considered. Unfortunately, the two mini-conferences coincided so that participants were unable to attend each others' sessions. This was most unfortunate with regard to the debate on the nature and evolution of China's capitalism. At the same time that Christopher McNally, Tobias ten Brink and Marcus Conlé (University of Duisburg-Essen/GIGA) presented their papers, Barbara Krug (Rotterdam School of Management) and Robert Boyer (CEPREMAP/Wissenschaftskolleg Berlin) were right next door when they brought forward their ideas on the same topic. Towards the end of the SASE conference, participants of both mini-conferences therefore met in order to discuss how to better coordinate for the next conference, for example by establishing a new SASE network on Asian capitalism. The next SASE conference will take place at the MIT in Cambridge (MA), June 28th –30th 2012. Given the motto 'Global Shifts: Implications for Business, Government and Labour', the upcoming conference can be expected to provide even more room for debates on economic development in Asia and its effects on the global political and economic order.

Marcus Conlé

Menschenrechte in den Philippinen – Entwicklungen und Trends unter der Regierung Aquino

Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 29.-30. Juni 2011

Angesichts zunehmender Menschenrechtsverletzungen hat der neugewählte Präsident der Philippinen, Benigno Aquino, die Menschenrechte zu einer seiner vordringlichsten Aufgaben erklärt. Das Team Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung hat am 29. und 30. Juni 2011 zusammen mit dem Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen in Berlin Bilanz gezogen. Die Fachkonferenz „*Menschenrechte in den Philippinen – Entwicklungen und Trends unter der Regierung Aquino*“ in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung versammelte zahlreiche Experten aus Deutschland, der EU und den Philippinen.

Eröffnet wurde die Konferenz von Ute Granold, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. In ihrem Grußwort plädierte sie dafür, auch die positive Rolle der Philippinen im Bereich der Menschenrechte,

u.a. im UN-Menschenrechtsrat sowie in der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bei der Bekämpfung des Menschenhandels, zu würdigen.

Kaloy Manlupig von der Balay Mindanaw Foundation erläuterte einleitend, die gegenwärtige Menschenrechtslage sei vor allem eine Folge sozialer Ungleichheit und struktureller Gewalt, verstärkt durch Armut, wirtschaftliche Abhängigkeit und den leichten Zugang zu Schusswaffen. Niklas Reese von der Universität Bonn charakterisierte die Philippinen infolgedessen als von den Eliten vereinnahmten "captive state", in dem sich eine Kultur der Straflosigkeit etabliert habe. Hazel Galang von Amnesty International London zeichnete ein eher ernüchterndes Bild der Fortschritte der Regierung Aquino. Weder sei der rechtsstaatliche Rahmen gestärkt worden, noch hätte die Überprüfung der umstrittenen Aufstandsbekämpfung nennenswerte Entwicklungen gebracht. Marie Hilao-Enriquez von Karapatan ergänzte, dass es ohnehin paradox anmute, Menschenrechte durch Aufstandsbekämpfung durchsetzen zu wollen. Wie sehr Straflosigkeit die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen erschwere, legte Max de Mesa von der Philippine Alliance of Human Rights Advocates dar. Um den Opfern zu ihren Rechten zu verhelfen, sei eine Institutionalisierung von Reformen zwingend. Dies gelte zumal die gegenwärtigen staatlichen Mechanismen schlichtweg unfunktional seien. Inwieweit diese sogar dazu genutzt würden, Repression zu legalisieren, schilderte Ogie Gimenez vom Community Empowerment Resource Network. Er nannte das Beispiel der sog. "trumped up charges" – einer Repressionstaktik, bei der Politiker, Menschenrechtsaktivisten und Mitglieder der Zivilgesellschaft mittels erfundener Anschuldigungen zermürbt würden, um so ihre Arbeit zu stören. Selbst ein Opfer einer solchen Behandlung, plädierte Gimenez für eine Reform des Justizsystems und eine bessere Ausbildung des Personals. Wie groß die Defizite bei der Strafverfolgung schon während den Ermittlungen seien, legte schließlich Marie Hilao-Enriquez anhand eines konkreten Falles dar. Gerade dort, wo die Armee einbezogen sei, würden Verfahren oftmals verschleppt. Die Zeugen würden bedrängt und Informationen unzugänglich gemacht.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete eine Grundsatzrede der philippinischen Justizministerin Leila de Lima. De Lima machte deutlich, das Ziel ihrer und der Politik der Regierung Aquino sei es, die philippinische Bevölkerung mit der Regierung und mit sich selbst zu versöhnen. Weiterhin erläuterte sie die Initiativen zur Verbesserung der Menschenrechtslage die die Regierung Aquino bislang bereits eingeleitet habe. Sie versicherte u.a., dass, die Antifolterkonvention der Vereinten Nationen noch in dieser Legislaturperiode durch den Senat ratifiziert würde. Auch verurteilte de Lima das berüchtigte „Ampatuan-Massaker“ vom November 2009. Damals waren über 50 Menschen ermordet worden. Sie sicherte zu, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zugleich bat sie um Verständnis für die Schwierigkeit ihrer Aufgabe. Die Justizministerin schloss mit dem schon im Wahlkampf gemachten Versprechen, dass es mit ihr Versöhnung und Gerechtigkeit geben werde. In der anschließenden Podiumsdiskussion plädierte Markus Löning,

Bauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, dafür, ungeachtet der geschilderten Defizite die konstruktive Rolle der Philippinen sowohl im UN-Menschenrechtsrat als auch in der ASEAN zu würdigen. Bischof Jaime Moriles von der United Church of Christ in the Philippines betonte, dass der von de Lima angesprochene Versöhnungsprozess damit beginnen müsse, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Deshalb habe die UCCP eine Klage gegen die frühere Regierung eingereicht. Max de Mesa wiederum hob sowohl den Dialog mit Armee und Polizei als auch eine Versöhnung „inmitten“ der Zivilgesellschaft hervor.

Am darauffolgenden Konferenztag sprach die Vorsitzende der Menschenrechtskommission der Philippinen, Etta Rosales. Sie betonte den Paradigmenwandel der Regierung Aquino. Rosales erläuterte, dass viele Aspekte der gegenwärtigen Menschenrechtslage den Altlasten des Marcos-Regimes geschuldet seien. In einer umfassenden Datenschau zeigte sie, dass mehr als drei Viertel der begangenen Menschenrechtsverletzungen von staatlicher Seite begangen würden. Der vorläufige Höhepunkt dieser Vorfälle falle unter die Amtszeit der Vorgängerregierung. Polizei und Armee sollten daher die Berichte über Menschenrechtsvergehen wie vereinbart an ihre Kommission übergeben. Eine mögliche Begründung für deren mangelnden Kooperationswillen lieferte Oberst a.D. Karl-Bernand Müller von EPJUST. Er legte dar, dass in den philippinischen Streitkräften oftmals noch der Gedanke vorherrsche, die Beachtung der Menschenrechte würde dem Kampfeswillen schaden. Die strikte Befehlshierarchie führe dazu, dass Initiativen, wie das mehrfach überarbeitete Menschenrechtshandbuch oder der Einsatz von Menschenrechtsoffizieren wirkungslos blieben. Hier sei das gute Beispiel der Führungsebene gefragt. Dass nicht nur die Armee Menschenrechtsverletzungen verübe, erläuterte der ehemalige General der philippinischen Streitkräfte, Ben Dolorfino. Ebenfalls zur Verschlechterung der Menschenrechtslage trage eine Vielzahl bewaffneter Gruppen bei. Die Soldaten wären vielfach zu hartem Vorgehen gezwungen. Gleichwohl betonte er, dass die Streitkräfte inzwischen erkannt hätten, wie viel größer der Schaden durch einen Vertrauensverlust der Bevölkerung sei. Parallel dazu erläuterten Jose Manuel I. Diokno von der Free Legal Assistance Group und Sister Cres Lucero von der Task Force Detainees of the Philippines, dass auch auf Seite der Justiz sowohl der Wille als auch die Ressourcen zur Verbesserung der Menschenrechtslage fehlten. Sie sei aufgrund von Unterbesetzung und Korruption zumeist weder handlungsfähig noch verlässlich. Gefragt seien daher eine bessere Ausbildung sowie eine auf Menschenrechte spezialisierte Gerichtsbarkeit und die Implementierung entsprechender Gesetzgebung.

Der Abschluss der Konferenz war den „Erwartungen und Beiträge[n] der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft“ gewidmet. Seamus Gillespie, Referatsleiter in der Europäischen Kommission für die Beziehungen zu Südostasien, stellte hierzu fest, dass es vor allem bei Korruption und Vollstreckung Exempel statuiert werden müssten, um den politischen Reformwillen zu untermauern. Martin Kremer, Referatsleiter für Südostasien im Auswärtigen Amt, pflichtete

dem bei und lobte die offene Debatte über die Menschenrechtssituation. Marie Hilao-Enriquez forderte die internationale Gemeinschaft dazu auf, Beobachter zu senden und den Aufbau von Zeugenschutzprogrammen zu unterstützen. Max de Mesa schließlich betonte, wie wichtig die Ausbildung von Menschenrechtsaktivisten sei.

Obschon die Situation der Menschenrechte auf den Philippinen keineswegs zufrieden stellen kann, gibt die Konferenz doch Anlass zur Zuversicht. Nicht nur existiert eine lebendige und offene Zivilgesellschaft, auch scheinen die Sicherheitskräfte sukzessive zu erkennen, dass die gegenwärtige Situation kaum haltbar ist. Vonseiten der Regierung besteht zudem der erklärte politische Wille, eine Verbesserung der Menschenrechtslage herbeizuführen.

Martin-Maurice Böhme, Marcel Schepp

Common Grounds: Ways to Regional Cooperation in South Asia: Challenges and chances for peace and stability in the SAARC Region

Evangelische Bildungsstätte Schwanenwerder, Berlin, 03.-05. Juli 2011

Südasiens Fist aufgrund seiner einzigartigen inner- wie intrastaatlichen Gemengelage von zentraler strategischer Bedeutung. Weder die südasiatischen Staaten selbst noch ihr regionaler Zusammenschluss, die „South Asian Association for Regional Cooperation“ (SAARC), wurden dieser Bedeutung bislang gerecht. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 03. bis 05. Juli 2011 in Berlin die Fachkonferenz „*Common Grounds: Ways to Regional Cooperation in South Asia. Challenges and chances for peace and stability in the SAARC Region*“. Zu Gast war eine neunköpfige Delegation des von der KAS unterstützten Think-Tank-Netzwerkes „Consortium of South Asian Think Tanks“ (COSATT).

Den Auftakt zur Konferenz bildete ein Abendessen der Teilnehmer und geladener Gäste. Als Gastredner sprach der Asienbeauftragte im Auswärtigen Amt, Botschafter Dr. Cyrill Nunn, zum Thema „German Foreign Policy towards South Asia: Challenges Ahead“. Die offizielle Eröffnung der Konferenz erfolgte am darauffolgenden Tag durch den stellvertretenden Generalsekretär der KAS, Dr. Gerhard Wahlers. Dieser hob in seiner Rede die Bedeutung regionaler Kooperation für wirtschaftliche Performanz und soziale Gerechtigkeit hervor und führte als Beispiel hierfür den gelungen Integrationsprozess der Europäischen Union an.

Das erste Panel widmete sich dem Status Quo der regionalen Integration. Hier wurde der geringe Vernetzungsgrad, das Misstrauen der Staaten untereinander, die geringe wirtschaftliche Interdependenz sowie die schwache Institutionalisierung der SAARC als problematisch eingeschätzt. Gleichwohl zeigte sich der Direktor des Institute of Peace and Conflict Studies in Neu-Delhi, Generalmajor Dipankar Banerjee, zuversichtlich, dass sich auch SAARC langfristig den Vorbildern ASEAN und sogar EU annähern werde.